**Niederschrift über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit über die
folgenden Bauleitplanverfahren:**

**Bebauungsplan Nr. 461.01
- Ansembourgallee -
1. Änderung**

Am 16.05.2018 fand im Feuerwehrgerätehaus, Siebeneicker Straße 19, im Schulungsraum der Feuerwehr, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zur Aufstellung des o. g. Planverfahrens statt.

Zu dieser Veranstaltung war durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Velbert am 30.04.2018 sowie durch entsprechende Pressenotizen eingeladen worden.

Die Planunterlagen haben eine Stunde vor Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegen, so dass Interessierte vorab Gelegenheit hatten, sich zu informieren.

Anwesend sind:

vom Bezirksausschuss Velbert- Neviges als Vorsitzender: Herr Hübinger

von der Verwaltung: Frau Lopes
 Herr Geilenberg

Der Vorsitzende, Herr Hübinger, eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt sich vor und erläutert kurz den Ablauf der Veranstaltung.

Er weist darauf hin, dass im Anschluss an die Versammlung noch bis zum **25.05.2018** Anregungen entweder über das Internet oder direkt bei der Verwaltung abgegeben werden oder eventuell aufkommende Fragen geklärt werden können.

Im Anschluss erläutert Frau Lopes das Verfahren zur Aufstellung von Aufhebungssatzungen, welches gleich ist wie bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und den Verfahrensschritt, in welchem diese Veranstaltung stattfindet: Die frühzeitige Information der Öffentlichkeit erfolgt, nachdem die Aufstellungsbeschlüsse für das Änderungsverfahren im Bezirksausschuss Velbert-Neviges am 30.01.2018 und im Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert am 06.02.2018 beraten und beschlossen wurden.

Diese ist der erste öffentliche Verfahrensschritt im Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung von Bebauungspläne. Die heute hier gesammelten Erkenntnisse werden zusammen mit weiteren Informationen verarbeitet und gegebenenfalls in den Satzungsentwurf aufgenommen, über dessen öffentliche Auslage wiederum der Umwelt- und Planungsausschuss zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden wird.

Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung ist die Absicht, die ehemaligen Flächen der katholischen Grundschule einer neuen Wohnbebauung zuzuführen. Dabei ist eine aufgelockerte Bebauung, die sich in die Umgebung einfügt und als reines Wohngebiet festgesetzt wird Ziel der Planung, so dass die Änderung des Bebauungsplanes dazu dienen soll großzügigere Grundstückszuschnitte mit einer

Grundflächenzahl von 0,2 zu ermöglichen. Die Mindestgrundstücksgröße solle mit 750 qm, sowie die Satteldachform mit Neigung und Firstrichtung festgeschrieben werden, so dass sich die Neubebauung in den Bestand einfügt. Auch solle, außer an den Grundstückszufahrten, der Erhalt der Bruchsteinmauer festgeschrieben und diese als Straßenbegrenzungslinie festgesetzt werden. Zur Verdeutlichung verweist sie auf die Darstellung des derzeit geltenden Planungsrechts, sowie auf einen städtebaulichen Entwurf, der die beabsichtigte Änderung beinhaltet. Aufgrund der Planänderung werde der Weg, der links neben der Grundschule verläuft, entfallen. Der Weg neben der Bushaltestelle hingegen bliebe erhalten.

Ein Anwesender erkundigt sich, ob die Allee erhalten bleibe und wie sich die Parkmöglichkeiten für die Anwohner verändern werden. Frau Lopes antwortet, dass im Bereich der Grundstückszufahrten Parken nicht möglich sein werde. Der Mittelstreifen solle entfallen, entlang der Straße aber Bäume gepflanzt werden, um den Alleencharakter zu erhalten.

Eine anwesende Frau erkundigt sich, warum der Mittelstreifen, auf dem Bäume wachsen, beseitigt werden soll, wenn entlang der Straße Neuanpflanzungen erfolgten, für die Parkplätze verloren gingen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Fragen nicht Gegenstand des Änderungsverfahrens seien sollten, da die beabsichtigten Änderungen nicht die Verkehrsflächen betreffen. Da es der Wunsch der Anwesenden ist, diese Frage zu diskutieren und die Straßenflächen auch Bestandteil der Änderungsgebietsabgrenzung sind, wird die Thematik weiter diskutiert.

Frau Lopes erläutert, dass die Gründe für die beabsichtigte Beseitigung des Mittelstreifens in einer flexiblen Nutzungsmöglichkeit des Verkehrsraumes lägen und die auf dem Mittelstreifen wachsenden Bäume aufgrund der schlechten natürlichen Bewässerung nur spärlich wachsen. Ein Anwesender weist darauf hin, dass bei einer Baumneuanpflanzung nicht viele Stellplätze entfallen würden. Dies wird von Frau Lopes bestätigt, da für einen Stellplatz ca. 6 Meter und für nur eine Baumscheibe wesentlich weniger benötigt würden.

Dies wird vom Vorsitzenden mit Hinweis auf die Aussagen von den TBV bestätigt. Er schätzt, dass durch die Grundstückszufahrten vielleicht 4 - 5 Stellplätze im nördlichen Bereich der Straße verloren gingen und im südlichen Bereich durch die zusätzlichen Baumpflanzungen ebenfalls nicht viele. Eine Anwesende weist darauf hin, dass die Bäume auf dem Mittelstreifen seit nunmehr 30 Jahren dort wachsen würden.

Eine anwesende Frau befürchtet, dass Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, hier keinen Parkplatz finden und den Parkdruck in der Emil-Schniewind-Straße erhöhen würden. Frau Lopes schlägt vor, diese Problematik an die Verkehrsplaner weiterzuleiten. Für kurzfristige Stopps sei jedoch auch die Bushaltestelle geeignet, solange dort kein Bus steht.

Eine anwesende Frau weist darauf hin, dass die Straße mit dem Mittelstreifen sicherer sei, als ohne, da der Mittelstreifen den Gegenverkehr voneinander trenne und ein Wenden, das den Verkehr zum Stocken bringen würde, nicht möglich sei. Der Vorsitzende greift diesen Sachverhalt auf und Frau Lopes bestätigt, dass Änderungen der Festsetzungen auch des Straßenraumes grundsätzlich noch möglich sind, da auch dieser in der Planänderungsabgrenzung enthalten sei. Eine Anwesende berichtet, dass die Technischen Betriebe Velbert (TBV) nach ihrer Kenntnis noch keine Ausbauplanung für die Straße angefertigt hätten.

Ein Anwesender schlägt vor, dass die Stadt für Schutzzäune im nördlichen Bereich der Grundstücke und für eine Pufferzone sorgt, damit spielende Schulkinder nicht den Hang hinunter in die Gärten fielen. Frau Lopes antwortet, dass vorgesehen sei, dass sich die Grundstückseigentümer um die Einfriedungen ihrer Grundstücke kümmern. Der Vorsitzende

weist darauf hin, dass er von der Einfriedungsproblematik bisher keine Kenntnis hatte, befürchtet aber, dass Zäune auf der Böschung zu sehr auffallen würden. Aus optischen Gründen seien sie am Fuß der Böschung besser platziert.

Eine Frau erkundigt sich, bis zu welcher Größe Gartenhäuser zulässig seien. Frau Lopes antwortet, dass die Maximalgröße 30 Kubikmeter umbauten Raumes betrage.

Ein anwesender Mann möchte noch einmal bestätigt wissen, dass eine Mindestgrundstücksgröße von 750 qm und maximal 5 Häusern im Änderungsgebiet vorgesehen seien. Frau Lopes ergänzt, dass je Wohngebäude auch nur eine Wohneinheit vorgesehen werden soll. Der Mann behauptet, dass die Festsetzungen hinsichtlich der zulässigen Anzahl von Garagen und Stellplätzen verändert wurden. Dies wird von Frau Lopes verneint. Das Planänderungsverfahren beinhalte neben der minimalen Verbreiterung der überbaubaren Flächen und der Hereinnahme der Böschungflächen im hinteren Grundstücksbereich lediglich die Erlaubnis zur Errichtung von Holzlattenzäunen in den hinteren Grundstücksbereichen und eine minimale Verschiebung der Straßenbegrenzungslinien. Die Festsetzung von maximal zwei Garagen oder überdachten Stellplätzen pro Wohneinheit ist bereits im derzeit gültigen Bebauungsplan für das Planänderungsgebiet enthalten.

Ein anderer Mann erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Offenlage. Frau Lopes erläutert noch einmal kurz die Verfahrensschritte zur Aufstellung von Bebauungsplänen und erklärt, dass der Zeitpunkt noch nicht feststehen könne, da der Planentwurf erst erarbeitet und die öffentliche Auslegung beschlossen werden müsse. Diese werde jedoch rechtzeitig im Amtsblatt der Stadt Velbert, das kostenlos per E-Mail zu beziehen oder auf der Internetseite der Stadt Velbert einzusehen ist, bekannt gemacht.

Eine anwesende Frau berichtet, dass im Bereich der Böschung vor etwa zwei Jahren von den Schülern der evangelischen Grundschule im Rahmen einer Naturschutzaktion Bäume als Ersatz für gefällte Bäume auf dem Schulhof gepflanzt worden seien

Nachdem keine weiteren Anregungen oder Fragen zur Aufhebungssatzung des Bebauungsplans Nr. 461.01 - Ansembourgallee - 1. Änderung geäußert werden, bedankt sich der Vorsitzende für die Diskussion und schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

Für die Richtigkeit:

gez.
Rainer Hübinger
Vorsitzender des
Bezirksausschusses
Velbert-Neviges

gez.
Elisabete Lopes
Planungsamt

gez.
Dirk Geilenberg
Schriftführer